

1000 Mark Barpreise für Flaggenspiel!

(Siehe Seite 5)

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH
Schriftleitung u. Verlag: München, Schellingstraße 39, II. Hof
Postcheckkonto München Nr. 2426 · Telefon Nr. 245 89

Donnerstag
Mittwoch

Einzelverkauf: 20 Pf., 30 Oester. Gr., 30 Schw. Rappen
Bezugspreis monatlich 90 Pfennig einschließlich Zustellgebühr und kostenloser Unfall- und Sterbegeldversicherung

Nummer 3

München, den 12. Januar 1932

4. Jahrgang

Brüning hilft Hitler

Rückwirkungen auf Inland und Ausland

Die Politik der vergangenen Woche ist beherrscht von den Reden Brünings und der Reichsregierung einerseits und den Führern der nationalen Opposition andererseits. Schon die erste Nachricht von der Einladung Hitlers hatte so großes Aufsehen gemacht, daß man von Berlin aus eine nähere Aufklärung für nötig hielt. Man wählte dazu die „Mündener Neuesten Nachrichten“, deren Berliner Redaktionsvertreter, wie der „Völkische Beobachter“ betonte, in persönlicher Fühlung mit Brüning und dem Reichsovercherrminister Treutmann steht. Die in den „M.N.“ vom 8. Januar veröffentlichte Erklärung besog sich zur Begründung des Schrittes der Reichsregierung auf die bevorstehenden unpolitischen Verhandlungen. Da es für die Beurteilung der ganzen Angelegenheit von hoher Wichtigkeit ist, den Verlauf der Motivierung dieses überraschenden Schrittes durch die Reichsregierung selbst genau zu erkennen, müssen wir hier zunächst die bedeutungsvollen Stellen der Anfangsbegründung wiedergeben. Sie lauten:

Die „Begründung“ der Zusammenkunft

Wenn von vielen Seiten gelobt wird, die Reichsregierung habe plötzlich diese Frage aufgegriffen, so können uns jene politischen Kreise sehr bedenkliches und politisch Bedenktliches zu überlegen. Wie ernstlich unpolitischen Wochens das deutsche Volk entgegengeht, bedarf keiner Erläuterung mehr, seitdem die Einberufung der großen Reparations-Konferenz noch für diesen Monat und der Beginn der Abrüstungs-Konferenz für den Anfang des nächsten Monats beschlossene Sache sind. Wenn darum jetzt der Reichsminister Brüning den nationalsozialistischen Führer zu sich bitten ließ, so kann uns dies in gar keiner Weise wunderbar oder dem Zeitpunkt nach plötzlich erscheinen. Es kann sich niemand im Ausland, keine Regierung und keine politische Einzelform, darum im unklaren sein, daß über die Untauglichkeit der Reparationen, als finanzielle Last ebenso wie als national unerbittliche Bürde, die Auflösung des deutschen Volkes eine vollkommen einseitige ist. Diese Rückbildung der einseitigen Auffassung — wenn man es so nennen will — hat der Reichsminister, wenn er nach Lausanne geht, in einem Ausmaß, wie es nach deutschen und nationalen Standpunkten uns nicht glücklicher gemüht werden könnte. Die einzige, als möglich noch denkbare Ergänzung könnte allein noch durch eine Manifestation aller für einen Staat überhaupt in Betracht kommenden Parteien geschaffen werden, durch ein einheitliches Auftreten in irgendeiner belangreichen Frage.

Volksbegehren

zur Reichspräsidentenwahl?

In der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten hat sich nach der Ablehnung des Vorhabens der Reichsregierung durch die Reichsopposition jetzt ein Gegenwärtiger vollzogen. Der Reichsminister Dr. Brüning durch die Vorbereitung der Lausanner Verhandlungen in einer bemerkenswerten Weise zeitlich zulassen. Zwei Gruppen und Persönlichkeiten, die teils bereits politisch so gut wie erledigt waren bzw. auf dem rechten Wege dazu sind, bemühen sich, in dieser wichtigen innerdeutschen Frage die Führung in die Hand zu bekommen. Dabei ist es, wie die Dinge nun einmal liegen, von zureichender Klarheit, daß Wahraun angesichts seines früheren Verhaltens gegenüber der Staatspartei nicht wenig Vertrauen auch bei der bürgerlichen Linken genießt. Treutmann und die nationale Reichsovercherrregierung sind jedoch nicht lange zurückbleibender Weisheit eine besondere Schwierigkeit für eine Annäherung der Reichsopposition dar. Ziffermäßig bedient dabei beide Gruppen sehr wenig. Schon diese kurzen Skizzen zeigen unseren Lesern, daß gegenüber Wahrauns Auffassung in seinem Aufsatz, man solle alle Sonderinteressen juristisch, Zurückhaltung am Platze ist.

Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes eine eingehende Darstellung der Hintergründe dieses jetzt plötzlich auftretenden Eifers für die Interessen unserer Nation vorlegen, wenn nicht die dahin schon die deutsche Tagespresse die nötige Aufklärung geschaffen haben sollte. Gerade unsere Verehrung für den Herrn Reichspräsidenten und unsere Pflicht gegenüber unserem Volke läßt es uns als Zwang erscheinen, öffentlich darzustellen, wie es hier mit der Zurückhaltung von Sonderinteressen in Wirklichkeit beschaffen ist.

Dr. F. G.

Das Ausland versucht sich allzu leicht bei Verfehlung seiner dem deutschen Volke schädlichen politischen Ziele damit selbst zu täuschen, daß es oppositionelle Äußerungen irgendwelcher deutscher Parteien als Ausdruck innerer Uneinigkeit des deutschen Volkes in gar in ganz großen lebenswichtigen Fragen auszubenten versucht, ein Fehler, der von einem innerdeutschen Standpunkte, zumal in der gegenwärtigen Lage, gar nicht möglich ist. Wird darum dem gegenwärtigen Ausland auch diese letzte Möglichkeit zur Selbsttäuschung genommen, so ist damit ein besonders hoher psychologischer Nutzen und damit von vornherein eine denkbar sinnliche Beeinflussung der ganzen politischen Atmosphäre gewonnen. Diese Gedankengänge dürften unserem sehr genauen Wissen nach die Anregung und auch die Grundlage für den Kanzler gewesen sein zur Führung des Gespräches mit dem nationalsozialistischen Parteiführer und zur Erörterung der Wiederwahl des Reichspräsidenten.

So las man es vor Tisch, nach Tisch — nämlich nach der Übergabe der abgehenden Erklärungen Hugenburgs und Hitlers — las man in der Darstellung des gleichen, über „sein genaues Wissen“ um die Gehirnsorgänge der Reichsregierung verfügenden Berliner Zeiters der „M. N.“ (vom 13. Januar) nichts mehr von der Notwendigkeit, die Frage der Reichspräsidentenwahl noch vor den Lausanner Verhandlungen am kommenden Montag in Ordnung zu bringen. Man las überhaupt nichts mehr von einer Begründung des Schrittes durch außenpolitische Notwendigkeiten. Vielmehr ließ es nach einer Abmahnung parteipolitischen Bedrückungen und Anklagungen von Parteifunktionären in dieser Frage zur resigniert: „Abgeschlossen kann man zu dem ersten Akt der notwendigen Präsidentenwahl zusammenfassend wohl feststellen, daß für die Wiederanstellung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zur Volkswahl der Weg geebnet ist.“ Und die dem Reichsminister parteipolitisch nahestehende „Münchener Postzeitung“ brachte ebenfalls am 13. Januar eine längere Notiz mit der bescheidenden Überschrift: „Die Frage der Wiederwahl Hindenburgs voraussichtlich erst im Februar.“ Ob über sie übrigens je eine ernsthafte Sorge verbreitet war, wenn Reichspräsident v. Hindenburg erneut zu kandidieren bereit war, das ist eine Frage, die wir in einem späteren Teile dieses Aufsatzes unteruchen.



Treutmann und Gröner
Die beiden Männer, die Brüning in die Hitler-Aktion führten

Sorglosigkeit in anderen Ländern



So herzliches Lachen von Sportsfreunden wie in Amerika wird man in Deutschland selten finden

Zuerst Fanfare — dann traditionelle Schamade

Man bemüht sich also in Berliner Regierungskreisen, aus der Fronte zur Einladung Hitlers, die die ganze politische Welt aufhorchen ließ, und aus der im Ausland — insbesondere Frankreich — noch mehr alarmierenden Parole von einer deutschen Einheitsfront für Lausanne und Genf die bei nützlichen Aktionen nach der alten, schärfsten Tradition unseres Auswärtigen Amtes übliche Schamade zu machen (es sei an die Bismarckische Episode erinnert), also zum Rückzug zu blasen: die ganze Sache sei ja überhaupt zur Zeit nicht besonders wichtig und auch so auf dem rechten Weg.

Unter haben nicht alle Kreise im Inland und noch weniger die Politiker im Ausland das hier von der Berliner Diplomatie gewünschte

schlechte Gedächtnis. Gerade im Ausland — insbesondere in Frankreich — hat man die anfangs ausgegebenen Begründungen und manche Einzelnotkommunikale dieser letzten politischen Aktion der Reichsregierung nur zu gut beachtet, wie die dortige Presse täglich zeigt. Wir dem lauten Abblenden ist weder die Außen- noch die innenpolitische Bedeutung dieses „plötzlichen“ Unternehmens (soll die oben wiedergegebene Begründung der „M. N.“ vom 8. Januar) bestritten. Wir haben uns deshalb hier eingehender mit ihnen zu beschäftigen. Denn sie werden sowohl die Verhandlungen in Lausanne und Genf, als auch die Gestaltung unserer weiteren innenpolitischen Entwicklung nachdrücklich beeinflussen.

Die außenpolitische Wirkung hängt in hohem Grade davon ab, welche innenpolitische Bedeutung der Unterredung Brüning-Hitler beigemessen ist. Wir haben uns also zunächst mit der letzteren zu beschäftigen, um die ganze Tragweite der von der Reichsregierung herbeigeführten Änderung des bisherigen Zustandes zu erkennen.

In seiner Rundfunkrede vom 8. Dezember 1931 erklärte der Kanzler: „Wenn der Partei-